



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Anke Domscheit-Berg
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 10557 Berlin

TEL

FAX

INTERNET

DATUM 12. Mai 2023

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Mai 2023**
HIER Arbeitsnummer 5/37

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Johann Saathoff

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage der Abgeordneten Anke Domscheit-Berg
vom 5. Mai 2023
(Monat Mai 2023, Arbeits-Nr. 5/37)

Frage

Was hat die Bundesregierung unternommen hinsichtlich der monopolistischen und stark kritisierten Vergabe von Berechtigungszertifikaten durch die Bundesdruckerei für Dienstleistungen, die mit der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises genutzt werden können, nachdem der Parlamentarische Staatssekretär Johann Saathoff im Juli 2022 im Digitalausschuss des Deutschen Bundestages ankündigte, dass solche Zertifikate möglicherweise zukünftig subventioniert oder preislich reguliert werden sollten, um die Kosten für die Zertifikate zu senken und vom Bundesministerium des Innern darüber hinaus festgestellt wurde, dass es sich bei der Vergabe dieser Berechtigungszertifikate um ein Marktversagen handele und die Vergabe daher in den hoheitlichen Bereich gezogen werden solle (Quelle: 14. Sitzung des Digitalausschusses des Deutschen Bundestages am 6. Juli 2022, TOP 5), und wie haben sich die seitdem getroffenen Maßnahmen auf die Zahl der beantragten Zertifikate ausgewirkt?

Antwort

Das Teilprojekt Berechtigungszertifikate des Projektes Digitale Identitäten (PDI) des GovLabDE beschäftigt sich mit der in Frage stehenden Thematik. Im GovLabDE werden ressortübergreifend Vorhaben und Themen der Bundesressorts vorangetrieben. Die Projektleitung liegt im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI).

Ein Ziel des Teilprojekts ist es, den Markt für Anbieter von Berechtigungszertifikaten (BerCa) attraktiver zu machen und dadurch die Anzahl der BerCa zu erhöhen. Die Steigerung der Attraktivität soll durch verschiedene Maßnahmen, die in Arbeitspaketen gebündelt wurden, erreicht werden.

So geht das Teilprojekt bspw. davon aus, dass eine entsprechende Neugestaltung des Kostenmodells im Bereich Berechtigungszertifikate bis hin zur kostenlosen zur Verfügungstellung die Attraktivität des Marktes für weitere BerCa langfristig steigern wird.

Das Arbeitspaket „Etablierung Kostenfreiheit für Diensteanbieter“ des Streams befasst sich mit der konkreten Thematik u. a. auch einer möglichen Subventionierung.

In einem ersten Schritt wurden folgende langfristige Maßnahmen im Arbeitspaket konkretisiert und befinden sich aktuell in der Bewertung der Umsetzungsmöglichkeiten:

- Transparente Kostengestaltung (Kosten für das Zertifikat, Anbindung an BerCa/ Service-Kosten und Kopplung an Servicezeiten des BerCa)
- Übernahme der Kosten für Berechtigungszertifikate durch den Staat
- Staatliche Subventionierung der für die Einführung eines eID-Server Betriebs bzw. initiale Nutzung eines eID-Server-Providers entstehenden Kosten (u. a. Infrastruktur, Anbindung, Service) basierend auf z. B. Unternehmensumsatz, bis die Kosten für das Unternehmen tragbar sind

Ein weiterer Fokus der Arbeitspakete wird auf die Optimierung bestehender Prozesse im Kontext Berechtigungszertifikate gelegt. Eine Verschlankung und Optimierung von Prozessen soll hier zu einer Kostenreduzierung auch auf Seiten BerCa führen und die Attraktivität steigern.

Auf Grund der Komplexität der Thematik ist eine kurzfristige Umsetzung nicht zielführend. Die sorgfältige und detaillierte Betrachtung der einzelnen Prozesse bei der Bundesdruckerei, den Diensteanbietern, den Identifizierungsdiensteanbietern, dem Bundesverwaltungsamt und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik sowie die Identifizierung von zusammenhängenden Arbeitsprozessen ist notwendig, um konkrete und langfristig wirksame Maßnahmen ableiten zu können. Eine Umsetzung der langfristigen Maßnahmen ist für Mitte 2024 avisiert.